

Kindergärten sind Dauerthema

Haushaltsberatung für 2016 in den Brachtaler Ausschüssen

Brachtal (erd). Ruhig und sachlich verliefen die erste Haushaltsberatung in den Brachtaler Ausschüssen. Lediglich bei den Kindertagesstätten und dabei insbesondere bei den drei Leiterstellen gab es markante Worte (die GNZ berichtete). Durch die zusätzliche Stelle kämen die Personalkosten aus dem Gefüge, was zulasten der Eltern oder Bürger gehe, die dies entweder über ihre Gebühren oder über die Steuer zu zahlen hätten. Daher müsse über eine Lösung gesprochen werden. Dies wird voraussichtlich am Dienstag, 2. Februar, sein, wenn die Ausschüsse erneut tagen und sich dann auch mit dem Stellenplan befassen.

Wolfram Zimmer (CDU) betonte, dass es nicht um Stellenstreichungen gehe, sondern um eine bessere Verteilung der Aufgaben. Die Personalkosten der einzelnen Bereiche schwankten teilweise stark, doch in der Summe kam nur die tarifliche Steigerung hinzu. Auch Praktikantenstellen kommen womöglich zusätzlich hinzu, wie Christiane Gunia (Grüne) befürchtet. Dieter Weber (SPD) hielt dagegen, dass diese eher Geld sparen, weil sie für weniger Lohn arbeiten.

Zimmer sprach die Drittelregelung bei den Gebühren an. Die Gemeinde müsse für eine gewisse Kostendeckung sorgen. Er bevorzuge eine Anpassung in kurzen Zyklen, weil dann der große Sprung ausbleibe, der zu einem Aufschrei unter den Eltern führe. Er sträube sich auch dagegen, die Kosten über das allgemeine Steueraufkommen zu decken.

Wilhelm Schmits (FWB) sieht allerdings auch die Solidargemeinschaft aller Bürger gefordert, um bezahlbare Kindergartenplätze anzubieten. Allerdings gelte es auch, die Ressourcen sinnvoll

einzusetzen

In der Sitzung gab es mehrfach Lob für die Verwaltung, die gute Arbeit geleistet habe. Lutz Heer (CDU) sagte, dass dieser Haushaltsentwurf deutlich näher an der Realität sei als der vorherige.

Die Beratung beschränkte sich zunächst auf Nachfragen zum Zahlenwerk. So entspreche die tatsächliche Grundsteuereinnahme dem im Haushalt eingestellten Wert. Für Anwaltskosten stehen 17 000 Euro zur Verfügung, weil wegen des Losholzprozesses, der nun vor dem Oberlandesgericht ansteht, noch 12 000 Euro zurückgestellt sind. Offen sei noch, ob der Historiker Christian Vogel Rederecht habe.

Überprüft und neu bewertet werden Miet- und Pachtverträge, was sich in Mehreinnahmen niederschlagen soll.

Noch immer nicht montiert ist der zweite Blitzler. In Schlierbach kann nur eine Kamera installiert werden. Angeregt wurde, die Heizkosten niedriger anzusetzen, weil der Ölpreis gefallen sei. Die Verwaltung hält dies aber für wenig sinnvoll, weil die Summe zu gering sei.

Christiane Gunia fragte nach, ob Mittel für den Museums- und Geschichtsverein eingestellt seien, falls dort wieder eine Kapelle spiele, so wie im vergangenen Sommer, als diese mit dem aus dem Tresor verschwundenen Geld bezahlt werden sollte. Kommentar Zimmer: „Ich war dort. Es war schön.“

Sorgen machen sich die Ausschussmitglieder um die Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern. Es sind 250 000 Euro eingestellt. Doch die reichen bei Weitem nicht aus, wenn 120 Flüchtlinge untergebracht werden müssen. Dann steigen die Kosten auf fast 1 Million Euro an. Zimmer:

„Wenn die Ausgaben durch die Transferleistungen bezahlt werden, dann ist alles in Ordnung.“ Doch das muss noch geklärt werden. Dann müsse an passender Stelle auch beim Personal gespart werden. Das gehe allerdings nicht in der Betreuung, denn für die Gruppen gebe es klare Vorgaben.

Egon Knoll (CDU) fragte nach der noch immer ausstehenden Stellenbeschreibung und erhielt vom Ersten Beigeordneten Dietmar Noack eine Absage. Der Personalrat habe es abgelehnt, diese zu veröffentlichen, dabei bleibe es.

Zimmer forderte eine Umsetzung der Vorschläge und Beschlüsse. So gehe es nicht weiter. Es fehle noch immer ein schlüssiges Gesamtkonzept.

Erhöht wurden die Haushaltsmittel für das Projekt „Jung kauft Alt“, das inzwischen angelaufen ist.

Knoll wollte wissen, ob eine Konzessionsabgabe für die Leitungen der M-Net und ein Wasserpfeffing für das Trinkwasser, das nicht in Brachtal verbraucht werde, realistisch seien, musste aber auch hierbei seine Hoffnungen begraben.

Beim Kanal stehen noch Nachbesserungen aus. Für Schlierbach wurde eine neue Kamerabefahrung angeregt, da die letzte zehn Jahre her sei. Es sei unklar, in welchem Zustand der Kanal inzwischen sei. Man wolle keine böse Überraschung erleben.

Die neue Friedhofssatzung ist für das kommende Jahr avisiert. Dann solle höhere Einnahmen fließen.

Geprüft werden soll zudem, warum entlang der B276 erneut Bäume gefällt werden sollen. Dies soll laut Noack bereits im Februar passieren. Für Gunia ist dies so nicht hinnehmbar, kostbare Bäume für den Straßenverkehr zu opfern.